

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

18. WP - 81. Sitzung

am Donnerstag, dem 27. November 2014, 10 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peter Sönnichsen (CDU)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Tobias von Pein (SPD)

i. V. v. Birgit Herdejürgen

Beate Raudies (SPD)

i. V. v. Thomas Rother

Lars Winter (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Torge Schmidt (PIRATEN)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes zur institutionellen Förderung des Landesfeuerwehrverbandes	5
Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/1151	
Änderungsantrag der Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP Umdruck 18/3617	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Umdruck 18/3569	
2. a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2015	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/2100	
b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2015	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/2101	
<ul style="list-style-type: none">• Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN Umdruck 18/3619• Änderungsantrag der Fraktion der CDU Umdruck 18/3669• Änderungsantrag der Fraktion der FDP Umdruck 18/3671• Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Umdruck 18/3672• Änderungsvorschläge der Landesregierung Umdrucke 18/3518 und 18/3616	

- 3. Transparenter Haushalt für den Verfassungsschutz** 9
Antrag der Fraktion der PIRATEN
[Drucksache 18/1972](#)
- 4. Entlastung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2012** 10
- 5. Trassensicherungsvertrag mit der DB Netz AG** 11
Vorlage des Verkehrsministeriums
[Umdruck 18/3519](#)
- 6. Information/Kenntnisnahme** 12
[Umdruck 18/3520](#) - Stiftung „Deutsches Zentrum Kulturgutverluste“
[Umdruck 18/3521](#) - E-Learning im juristischen Vorbereitungsdienst
- 7. Verschiedenes** 13

Abg. Sönnichsen übernimmt den Vorsitz, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur institutionellen Förderung des Landesfeuerwehrverbandes

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/1151](#)

(überwiesen am 27. September 2013)

hierzu: [Umdrucke 18/2166, 18/2285, 18/2335, 18/2473, 18/2546, 18/2670, 18/2728](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP

[Umdruck 18/3617](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/3569](#)

Die Vertreter der Opposition bekräftigen ihre Forderung, einen Mindestbetrag von 250.000 € für den Landesfeuerwehrverband im Gesetz festzuschreiben, um ihm Planungssicherheit zu garantieren.

Mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition wird der Änderungsantrag von PIRATEN, CDU und FDP, [Umdruck 18/3617](#), abgelehnt und der Änderungsantrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, [Umdruck 18/3569](#), angenommen. Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung von CDU, FDP und PIRATEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf [Drucksache 18/1151](#) in der Fassung des Änderungsantrags [Umdruck 18/3569](#) anzunehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2015

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 18/2100](#)

b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2015

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 18/2101](#)

(überwiesen am 10. September 2014 an den **Finanzausschuss** und an alle weiteren Ausschüsse)

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
[Umdruck 18/3619](#)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
[Umdruck 18/3669](#)

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
[Umdruck 18/3671](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
[Umdruck 18/3672](#)

Änderungsvorschläge der Landesregierung
[Umdrucke 18/3518](#) und 18/3616

Finanzministerin Heinold erläutert kurz die zweite Nachschiebeliste, [Umdruck 18/3616](#). Sie weist darauf hin, dass Rücklagen im Haushalt nicht mit Geld hinterlegt würden und das Land von einer Erhöhung der Erbschaftsteuer um 10 Millionen € wegen der Verrechnung mit dem Länderfinanzausgleich nur im Umfang von 400.000 € profitieren würde. Auf Fragen von Abg. Harms teilt sie mit, Ziel- und Leistungsvereinbarungen (zum Beispiel mit dem Nordfriesischen Institut) stünden unter Haushaltsvorbehalt und müssten, wenn der Haushaltsgesetzgeber Änderungen der Haushaltsansätze beschließe, entsprechend angepasst werden. Die von der CDU vorgeschlagene Kürzung der sächlichen Verwaltungsausgaben in Einzelplan 04 um knapp 1,6 Millionen € träfe größtenteils die Polizei.

Abg. Andresen hält die von der Opposition beantragte Ausweitung des Stellenplans (zum Beispiel bei der Polizei) für nicht vertretbar mit den Verabredungen mit dem Stabilitätsrat.

Abg. Koch erwidert, die Rückführung der sächlichen Verwaltungsausgaben auf 51,5 Millionen € in Einzelplan 04 und damit auf den Stand des Jahres 2012 müsse nicht unbedingt zulasten der Polizei gehen. Die CDU stelle das mit dem Stabilitätsrat vereinbarte Ziel, die Schuldenbremse und den Abbaupfad einzuhalten, nicht infrage, indem sie einzelne Maßnahmen anders gewichte, sondern wolle den Risikoabstand zur Schuldenbremse sogar noch ausbauen.

Auch Abg. Dr. Garg steht auf dem Standpunkt, dass der Haushaltsgesetzgeber die Spielräume, die erst durch die Haushaltskonsolidierung der Vorgängerregierung möglich geworden seien, nutzen sollte, um politische Schwerpunkte zu setzen, zum Beispiel bei den Investitionen.

Ministerin Heinold stellt klar, dass die Steuermehreinnahmen der letzten Jahre zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung verwendet worden seien und man in der Verschuldung deutlich besser als ursprünglich geplant liege. Haushaltsspielräume seien im Wesentlichen auf die günstige Entwicklung der Zinsen zurückzuführen. Die sächlichen Verwaltungsausgaben berührten in der Regel gesetzliche Verpflichtungen (zum Beispiel im Justizbereich). Wenn die Gespräche zwischen Bund und Ländern zur Flüchtlingsfrage weitere Haushaltsänderungen erforderlich machten, werde sie das Parlament unverzüglich informieren; mögliche Entlastungen werde die Landesregierung zur Reduzierung der Aufwendungen von 53 Millionen € nutzen.

Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, macht darauf aufmerksam, dass man von den 32 Millionen € des Investitionspakets eine Summe von 13 Millionen € abziehen müsse (Antrag der Koalitionsfraktionen, [Umdruck 18/3672](#), Seite 23).

Ministerin Heinold weist darauf hin, dass insgesamt 19 Millionen € mehr für Infrastrukturmaßnahmen zur Verfügung gestellt würden. Für die Krankenhausfinanzierung würden 2015 10 Millionen € eingestellt und für die Jahre 2016 und 2017 Verpflichtungsermächtigungen von jeweils 10 Millionen € ausgebracht.

Abg. Dr. Garg vermisst vor dem Hintergrund des Investitionsstaus ein verlässliches Anschlussprogramm für die Krankenhäuser, um ihnen Investitions- und Planungssicherheit zu geben.

Abg. Schmidt fragt die Landesregierung, welche Stelle im Sozialministerium für die Pflegekammer zuständig sei.

Ministerin Heinold sagt eine schriftliche Antwort zu. Hinsichtlich des Investitionsstaus verweist sie noch einmal auf den bevorstehenden Infrastrukturbericht und die Absicht der Landesregierung, ab 2018 100 Millionen € jährlich bereitzustellen.

Abg. Koch kommt zu dem Ergebnis, dass die Koalition die Investitionen nicht um 32 Millionen € sondern - schuldenfinanziert - um 19 Millionen € steigern wird.

Abg. Harms stellt heraus, dass die Investitionen gegenüber dem Haushaltsentwurf in der Nachschiebeliste um 13 Millionen € und im Koalitionsantrag um 19 Millionen € in der Summe also um 32 Millionen € erhöht würden.

Der Finanzausschuss wird in der nächsten Sitzung, am 4. Dezember 2014 über die Haushaltsanträge abstimmen. Die Fraktionen sind sich einig, dass sie ihre Änderungsanträge zum Haushalt noch an die zweite Nachschiebeliste anpassen könnten, die ihnen erst am Vortag zugeleitet worden ist.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Transparenter Haushalt für den Verfassungsschutz

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/1972](#)

(überwiesen am 19. Juni 2014)

Abg. Andresen wünscht sich, dass die Transparenz des Verfassungsschutzhaushalts weiter erhöht werde.

Gegen die Stimme der PIRATEN mit den Stimmen aller anderen Fraktionen empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag [Drucksache 18/1972](#) abzulehnen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entlastung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2012

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, dem Landesrechnungshof für das Haushaltsjahr 2012 Entlastung zu erteilen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Trassensicherungsvertrag mit der DB Netz AG

Vorlage des Verkehrsministeriums

[Umdruck 18/3519](#)

Auf Fragen von Abg. Andresen und Harms erwidert Herr Nägele, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, weil die Deutsche Bahn Eigentümerin der Trassen sei und diese nicht veräußern wolle, gebe es keine andere Möglichkeit der Trassensicherung. Die Strecke Bad Segeberg - Bad Oldesloe sei reaktiviert worden. Über die Reaktivierung der Strecke Kiel - Schönberger Strand denke man ebenso nach wie über eine Reaktivierung der Strecke Rendsburg - Seemühlen. Auch die Bahnstrecke Wrist - Kellinghusen solle in absehbarer Zeit - in Abhängigkeit von der Entwicklung der Regionalisierungsmittel - reaktiviert werden.

Der Ausschuss schließt sich dem Votum des Wirtschaftsausschusses an und erteilt einstimmig seine Einwilligung zum Abschluss eines Trassensicherungsvertrags mit der DB Netz AG, [Umdruck 18/3519](#).

Punkt 6 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 18/3520](#) - Stiftung „Deutsches Zentrum Kulturgutverluste“

[Umdruck 18/3521](#) - E-Learning im juristischen Vorbereitungsdienst

Der Ausschuss nimmt beide Umdrucke ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Die Fraktionen sind sich einig, zur EU-Bankenabgabe einen gemeinsamen Antrag in die Dezember-Tagung des Landtags einzubringen. Ministerin Heinold wird dem Finanzausschuss dazu ein Schreiben des MdEP Reimer Böge zuleiten.

Der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, schließt die Sitzung um 11:40 Uhr.

gez. Peter Sönnichsen

Stellv. Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer